

Markt Marktschorgast

Niederschrift

über die

B ü r g e r v e r s a m m l u n g

am Freitag, den 19. November 1999

Im kath. Pfarrsaal in Marktschorgast

Teilgenommen haben:

30 Bürgerinnen und Bürger des Marktes,

1. Bürgermeister Josef Kofer,

die Gemeinderäte

Nikolaus Ott,

Klaus Müller,

Ewald Nüssel,

Peter Munk,

Bruno Preißinger,

Werner Reichel,

Georg Schaller,

Martin Greim,

Josef Holl und

Hans Tischhöfer,

sowie Geschäftsleiter Karl Heinz Münch als Schriftführer.

Erster Bürgermeister Josef Kofer begrüßte die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die erschienenen Mitglieder des Gemeinderates und den Geschäftsleiter der Gemeindeverwaltung.

Erster Bürgermeister Josef Kofer gab folgenden Überblick über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Marktes Marktschorgast.

Durch die Abrechnung des Verbesserungsbeitrages für die Entwässerungsanlage, wo rd. 150.000 DM zurückgezahlt werden mussten, und durch größere Rückzahlungen bei der Gewerbesteuer am Anfang des Jahres, musste fast während des gesamten ersten Halbjahres der Kassenkredit in Anspruch genommen werden. Erst nach Genehmigung des Haushaltsplanes 1999 konnte der Kassenkredit durch Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 500.000 DM abgelöst werden.

Im Haushaltsplan wurden insgesamt 824.000 DM an Darlehen vorgesehen. Die Aufnahme eines weiteren Teilbetrages zum Jahresende wird wahrscheinlich erforderlich sein.

Der Schuldenstand zum Jahresanfang betrug rd. 2.722.000 DM; er wird voraussichtlich nach Hinzurechnung des aufgenommenen Darlehens und nach Abzug der geleisteten Tilgungen zum Jahresende rd. 3.057.000 DM betragen, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 1.800 DM bedeutet. Die Darlehenszinsen belaufen sich auf rd. 83.000 DM.

Durch die finanzielle Abwicklung der Baulanderschliessung „Steinhügel“ über die Finanzbetreuung BLE Bau- und Landentwicklungsgesellschaft Bayern GmbH wurde der Gemeindehaushalt merklich entlastet. Die von der Finanzierungsgesellschaft übernommenen Kosten werden durch den Erlös der Bauplatzveräusserungen abgebaut. Die Abrechnung erfolgt voraussichtlich zum 01.04.2000. Die Höhe der Abrechnung hängt von den bis dorthin veräusserten Bauplätzen ab.

Der Haushaltsansatz 1999 für die Gewerbesteuer (600.000DM) wurde vorsorglich niedrig gehalten, weil –wie anfangs bereits erwähnt- zum Jahresanfang grössere Beträge zurückzuzahlen waren. Durch unerwartete Gewerbesteuernachzahlungen im zweiten Halbjahr ergeben sich derzeit Mehreinnahmen von ca. 300.000 DM.

Für 1999 erhält der Markt Marktschorgast Schlüsselzuweisungen von rd. 45.000 DM. Der für die Gemeinde bestimmte Einkommensteueranteil wird rd. 856.000 DM, der Umsatzsteueranteil rd. 78.000 DM und der Einkommensteuerersatzanteil rd.58.000 DM. Hiervon werden rd. 304.000 DM an Gewerbesteuerumlage und rd. 11.000 DM an Solidarumlage in Abzug gebracht.

Die Kreisumlage wurde auf rd. 873.000 DM festgesetzt.

Schwerpunkte der Investitionsmassnahmen im Jahr 1999 waren die Fertigstellung des Strassenteilstückes Ziegenburger Strasse von der Friedhofstrasse bis zur Grundmühlstrasse sowie Sanierungs- und Renovierungsmassnahmen in den Wohngebäuden Bahnhofstraße 12 (Sanierung von neu zu vermietenden Wohnungen: 101.000 DM) und Grundmühle 2 und 3 (Renovierung einzelnen Wohnungen und Heizungseinbau: 183.000 DM). Ausserdem hat sich der Markt Marktschorgast mit rd. 31.000 DM an den Kosten für die Sanierung der ASV-Turnhalle beteiligt. Zur Sanierung von Gemeindestrassen wurde damit begonnen ein Teilstück der Grundmühlstrasse zu sanieren.

Baumassnahme Teilstück Ziegenburger Strasse:

<u>Kosten für</u>		
Kanalerneuerung	rd. 297.000 DM	
Wasserleitungserneuerung	rd. 35.000 DM	
Straßenausbau	rd. 292.000 DM	
insgesamt:		rd. 624.000 DM
lt. Angabe des Ing.Büros	stehen noch aus	rd. 40.000 DM
für den Straßenbau bewilligter Zuschuss	165.900 DM	
davon bisher erhalten	102.000 DM	
beantragt wurden noch	27.000 DM	

Erschließung Steinhügel:

von der BLE getragene Kosten insgesamt (ohne Zinsen)		3.385.000 DM
davon:		
Grunderwerb	295.000 DM	
Gasanschlüsse	56.000 DM	
Straßenbau	1.264.000 DM	
Straßenbeleuchtung	108.000 DM	
Kanalbau	1.252.000 DM	

Wasserleitungsbau	410.000 DM	
bisher zurückgezahlt (ohne Zinsen)		1.685.000 DM
verbleiben		1.700.000 DM

Freibad Goldbergsee:

Kosten lt. Anlage		1.446.000 DM
Hierfür:		
gewährte Zuschüsse		324.000 DM
zinsverbilligtes Darlehen		323.000 DM

In den nächsten Jahren ist vor allem beabsichtigt weitere Abschnitte der Ortsstraßen zu sanieren bzw. auszubauen. Dies sind vor allem die Siedlungsstraße und der untere Bereich der Ringstraße sowie die Ziegenburger Straße ortsauwärts. Desweiteren soll geplant werden wie der Marktplatz gestalterisch und baulich saniert werden kann, damit des Gesamtbild des Marktplatzes zur 900-Jahrfeier im Jahr 2009 neu erscheint.

Anschliessend berichtete Erster Bürgermeister Kofer über den bautechnisch abgeschlossenen Strassenbau von der Einmündung Friedhofs- Ziegenburger Strasse bis zur Grundmühlstrasse mit den mit ausgeführten Wasser- und Kanalbauarbeiten.

Bürgermeister Kofer informierte die Versammlung weiter darüber, dass von den 44 gemeindeeigenen Bauplätzen im Baugebiet Steinhügel bereits 22 verkauft werden konnten und noch 6 konkrete Reservierungen vorliegen.

Zu den Gewerbegebieten A und B an der Bernecker Strasse teilte das Gemeindeoberhaupt mit, dass die Bauleitplanung sowie die Planung für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung weitgehend abgeschlossen sind. Hierzu informierte er vor allem über die vorgesehene Art der Schmutz- und Oberflächenwasserbeseitigung.

Zu dem im letzten Jahr abgeschlossenen Goldbergprojekt konnte Bürgermeister Kofer berichten, dass die neue Badeanlage gut angenommen wurde. Hierzu gab er den Bericht über den Verlauf der Badesaison 1999 mit Einnahmen und Ausgaben für die Badeanstalt sowie für den Zeltplatz bekannt. Mit der Verwirklichung des Projektes sei ein wesentlicher Beitrag zur Befriedigung von Freizeitgestaltungsansprüchen in der Gemeinde sowie der näheren Umgebung geleistet werden.

Zum Thema Trinkwasserversorgung informierte Erster Bürgermeister Kofer über die derzeitigen Verhältnisse in der gemeindlichen Anlage mit den in Ordnung befindlichen Wasserqualitäten im Quellgebiet und im Tiefbrunnen. Ein Drittel des Wasserbedarfs wird aus dem Fallser Quellgebiet gedeckt, was nach bisheriger Aussage der Wasserwirtschaft aufgrund verschiedener Umstände nicht schützenswert sei. Die Erlaubnis zur Entnahme von Grundwasser aus dem Tiefbrunnen läuft jedoch im Jahr 2002 aus und niemand könne mit Gewissheit sagen, ob und ggf. unter welchen Auflagen eine Verlängerung erfolgen kann. Hierbei ging Kofer insbesondere auf die Problematik der im Trinkwasserschutzgebiet befindlichen Altlastenfläche ein. Zwar habe der Gemeinderat hier vorsorglich Messstellen einrichten lassen, doch könne sich dadurch alleine keine Gefährdung des Tiefbrunnen ausschliessen. Derzeit jedoch seien keinerlei Belastungen

des Grundwassers festzustellen. Um evtl. Problemen vorzubeugen, habe der Gemeinderat bereits vor einiger Zeit Überlegungen angestellt, die gemeindliche Trinkwasserversorgung alternativ sicherzustellen. Als eine der sinnvollsten Lösung wurde hierzu der Trinkwasserbezug von der im Gemeindegebiet liegenden Anlage der Stadt Kulmbach gesehen. In diesem Fall könnte eine Übernahme vom bereits bestehenden Anschluss in der Grundmühle erfolgen. Der Stadt Kulmbach wurden jedoch auch weitere Denkmodelle unterbreitet; hierzu wird in Kürze eine Rückantwort erwartet. Die Wassergebühr von derzeit 2,03 DM pro Kubikmeter würde bei dem bisher angebotenen Wasserbezugspreis der Stadt Kulmbach von 1,69 DM nach überschlägiger Berechnung der Verwaltung auf etwa 3,00 DM steigen. Die Gemeinde verspricht sich jedoch, in Verhandlungen mit der Stadt Kulmbach einen günstigeren Bezugspreis zu erhalten. Nach Ansicht des Bürgermeisters ist zumindest eine gesicherte Option zum evtl. Wasserbezug von der Stadt Kulmbach notwendig.

Nachdem sich die Gemeinde in diesem Jahr bereits mit 31.000 DM an den Sanierungskosten der ASV- Turnhalle beteiligt hat, erkundigte sich Horst Schrepfer danach wie hoch die gemeindlichen Kosten für den laufenden Betrieb der Turnhalle liegen. Weil man keine Unterlagen zur Hand hatte, konnte Erster Bürgermeister Josef Kofer hierzu keine Zahlen nennen. Er verwies jedoch darauf, dass die Gemeinde sowohl für den Schulsport als auch für Veranstaltungen auf die Turnhalle des ASV angewiesen ist. Von daher ist die Gemeinde gefordert, sich an Investitions- und laufenden Kosten zu beteiligen. Gemeinderat Ewald Nüssel ergänzte, dass es eine Pflichtaufgabe der Gemeinde ist, für Anlagen des Schulsportes zu sorgen. Gemeinderat Klaus Müller schlug vor, die Angelegenheit in der nächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates zu behandeln und die angefragten Zahlen bekanntzugeben.

Marcus Benker fragte nach der Vergütung der Wasserwacht und des Badewärters am Goldbergsee sowie nach der Qualität des von der Stadt Kulmbach angebotenen Trinkwassers. Ohne Summen zu nennen, teilte Bürgermeister Kofer mit, dass der Wasserwacht für ihren Wachdienst am Goldbergsee eine Entschädigung nach Stunden gezahlt wird und der Badewärter während der Badesaison mit einer einnahmeabhängigen Pauschalvergütung angestellt ist. Zum Kulmbacher Wasser führte der Bürgermeister aus, dass es sich hierbei um qualitativ einwandfreies Trinkwasser handelt.

Zur Altlastenfläche erinnerte Bürgermeister Kofer an die dortigen Abfallablagerungen und die durchgeführte Abdeckung der ehem. Gemeindemüllkippe. Nach Aussage der Wasserwirtschaft müsse die Deponie wahrscheinlich auch zum allgemeinen Schutz des Grundwassers geräumt bzw. saniert werden. Während man vor einigen Jahren noch von Sanierungskosten von rd. 1,5 Mio. DM sprach, sollen solche Massnahmen derzeit schon mit einem Aufwand von rd. 300 Tsd. DM zu verwirklichen sein. Über den Bayer. Gemeindetag wurde auch dem Bayerischen Umweltministerium die Finanzierungsproblematik dargestellt. Dort sollen für den Bayerischen Landtag Finanzierungsmodelle erarbeitet werden, um den Gemeinden das Risiko einer finanziellen Überforderung zu nehmen.

Gemeinderat Klaus Müller erläuterte, dass seitens der Wasserwirtschaft im Zusammenhang der Ausweisung von Baugebieten immer wieder auf die Trinkwasserproblematik und vor allem auf die Mängel aus den Fallser Quellen hingewiesen wurde. Der Wasserpreis könnte bei einem Bezug von der Stadt Kulmbach bei 2,95 DM pro Kubikmeter liegen. Mit der Gebührenkalkulation müsse sich der Gemeinderat zu gegebener Zeit noch konkret befassen. Zu beachten sei auch, dass bei eigenen Wassererschliessungsmassnahmen deutlich höhere Investitionskosten notwendig werden als bei einem Anschluss an die Kulmbacher Anlage; wodurch auch wesentlich höhere Abgaben der Bürger entstehen würden. Der Betrieb eigener Anlagen müsse sich nicht nur für die Gemeinde, sondern auch für den zahlenden Bürger rechnen. Bei einem Wasserbezug von der Stadt Kulmbach bräuchte sich Marktschorgast nicht mehr um die Trinkwasserqualität kümmern. Von daher sollte sich der Markt über einen geeigneten Vertrag mit der Stadt Kulmbach einig werden.

Heinz Strauß bemängelte, dass im Neubaugebiet Steinhügel noch keine Strassenschilder angebracht sind. Erster Bürgermeister Josef Kofer teilte hierzu mit, dass die Schilderstandorte kürzlich durch den Bauausschuss festgelegt und danach die Schilder bestellt wurden. Sobald diese geliefert werden, wird der Gemeindebauhof die Strassennamensschilder anbringen.

Dietmar Reichel verwies auf ein Gespräch mit Bürgermeister Josef Kofer, worin ihm als Vorsitzender der Antennengemeinschaft zugesagt worden sei, dass die Strasse in der Siedlung bis Mai 1999 gebaut werden soll. Nachdem dies jedoch nicht geschehen ist, seien der Antennengemeinschaft hohe Kosten für die Verlegung von Kabeln entstanden. Bürgermeister Kofer führte hierzu aus, dass ihm das Anliegen der Antennengemeinschaft zur Verlegung von Kabeln im Zuge der geplanten Strassenbauarbeiten bekannt ist. Er habe aber mit Sicherheit keine Aussage dahingehend gemacht, dass die Strasse bereits im Mai diesen Jahres fertiggestellt sein wird. Vielmehr seien die Planungen so ausgelegt, dass die Strassenausbaumassnahmen in den kommenden Jahren bauabschnittsweise zur Ausführung kommen. Entsprechende Planungen für den Strassenbau mit Erneuerung der Wasser- und Kanalleitungen mit Kostenschätzungen im Bereich der Sieglung und Ringstrasse liegen bereits vor. Um Fördergelder für den Strassenbau zu erhalten, habe man bereits Kontakte mit dem Strassenbauamt Bayreuth und dem Landratsamt Kulmbach aufgenommen. Um solche Mittel zu erhalten, müsse jedoch auch etwas für die Fussgängersicherheit getan werden; etwa in Form eines Gehsteiges, wozu allerdings Grunderwerb notwendig wäre. Diese Problematik müsse jedoch erst noch im Gemeinderat beraten und entschieden werden.

Wally Schwandner schlug vor, die Geschwindigkeit für Kraftfahrzeuge im dortigen Bereich auf 30 Stundenkilometer zu beschränken; dann sei auch kein Gehsteig mehr nötig.

Bürgermeister Josef Kofer führte weiter aus, dass die Gemeinde bei Strassenausbaumassnahmen bislang keine Ausbaubeiträge von den Anliegern verlangt hat. Dennoch sei das mögliche Beitragsaufkommen von den zuschussfähigen Kosten der bezuschussten Strassenbaumassnahmen in Abzug gebracht worden, so dass dieser Anteil bislang immer zu Lasten der Gemeinde ging. Dennoch sei der Gemeinderat bislang übereinstimmend bei der Ansicht geblieben, dass vom Erlass einer solchen Strassenausbaubeitragssatzung abgesehen werden sollte. Ob auch weiterhin so verfahren werden soll, muss im Gemeinderat noch behandelt werden.

Gemeinderat Ewald Nüssel verwies auf das Gleichheitsprinzip, wonach man von den Anliegern bevorstehender Baumassnahmen keine Beiträge verlangen kann, weil auch für vorherige Strassenbauten keine Ausbaubeiträge verlangt wurden.

Gemeinderat Klaus Müller betonte, dass eine endgültige Entscheidung über die Art und die Finanzierung der Strassenbaumassnahme im Gemeinderat noch nicht gefallen ist. Auch müssten dort die Bedingungen für einen möglichen Zuschuss geprüft werden. Als vordringlich bezeichnete er den Ausbau im Bereich der alten Siedlung. Hier könne er sich aufgrund der örtlichen Gegebenheiten möglicher Weise auch eine Verkehrsregelung im Einbahnverkehr vorstellen. Letztendlich seien aber gesicherte Kostengrößen notwendig.

Rainer Hofmann machte darauf aufmerksam, dass der Forstweg von der Fa. Alber in Richtung Singerweiher nicht vermessen und grundbuchamtlich eingetragen ist. Gemeinderat Nikolaus Ott bestätigte diese Feststellung und schlug vor, sich mit dem Vermessungsamt hinsichtlich einer Einmessung des Weges in Verbindung zu setzen. Erster Bürgermeister Kofer sagte entsprechende Überprüfung zu.

Dominik Greim kritisierte die derzeitige Verkehrsführung im Kreuzungsbereich Friedhofstrasse – Weidiggasse - Ziegenburger Strasse sowie im Bereich der Kreuzung Ringstrasse – Am Steinhügel. Erster Bürgermeister Josef Kofer teilte hierzu mit, dass der Verwaltung und dem Gemeinderat die Probleme bekannt sind und hierfür eine Verkehrsschau vorgesehen ist, die aus polizeilichen Gründen leider noch immer aussteht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, bedankte sich 1. Bürgermeister Josef Kofer bei den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern für ihr Interesse am gemeindlichen Geschehen. Er hob abschließend die sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Bürgermeister und der Verwaltung hervor und schloß um **22.00 Uhr** die Bürgerversammlung.

Marktschorgast, 29.11.1999

Josef Kofer
Erster Bürgermeister

Karl Heinz Münch
Schriftführer